

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.

Heftz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftskonto: Dresden 1580

Poststraße Riesa Nr. 52.

Nr. 250.

Freitag, 24. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorreisung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsverzerrungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise begleiten wir uns das Recht der Preisabschöpfung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewalt für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 m breite, 3 m hohe Grundschrift, Zeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 20 m breite Kettamente 100 Gold-Pfennige; zentraler und tabellarischer Satz 50%, Aufdruck, Seite, Tafeln, bewilligter Rabatt zulässig, wenn vor Vertrag verfügt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägliche Unterhaltungsablage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — wird über sonstigen irgendwelchen Störungen des Betriebes des Druckerei, der Verlegerin oder der Förderungsanstaltungen — hat der Seiter einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Bor wichtigen Entscheidungen.

Berlin, 24. Oktober. Die Befürchtung, daß der gegenwärtige Wahlkampf die außenpolitischen Interessen des Reiches ernsthaft gefährden könne, scheint sich nach den Ausschreibungen der unterrichteten Regierungskreise nicht zu bestätigen. Weder steht das ganze Ausland dem Ausland der deutschen Wahlen mit der deutlich größten Unwirksamkeit entgegen, weil allgemein die Notwendigkeit einer Konsolidierung der parlamentarischen Verhältnisse anerkannt wird. In den nächsten Wochen treten wieder eine Reihe wichtiger außenpolitischer Probleme in ein akutes Stadium ein, sodass sich daraus bestimmte unmittelbare Zusammenhänge mit den bevorstehenden Wahlen ergeben. Wie wir hören, nimmt die abschließende Abstimmung der interalliierten Militärkontrolle nunmehr ihren Ende entgegen. Der bisherige Verlauf der Kontrollmaßnahmen ist, wie bereits von den beteiligten Stellen ausdrücklich betont worden ist, vollaus befriedigend. Demnach wird also gegen Ende Dezember die Konferenz der alliierten Regierungen darüber zu beschließen haben, ob nunmehr endlich mit der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland Schluss gemacht werden wird. Der Gesamtzustand der außenpolitischen Lage ist augenscheinlich ganz befriedigend, doch zweifellos ernsthafte Unsicherheiten auf die endgültige Befreiung der Militärkontrolle bestehen.

Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, in diesem Stadium der Entwicklung auf die Stimmung im Auslande hinzuweisen. Aus den Kommentaren, besonders der englischen und der italienischen Blätter, — von den französischen Stimmen kann man ans sehr naheliegenden Gründen ohne weiteres absehen — geht ohne weiteres hervor, daß die europäischen Mächte mit einer unumstrittenen Festigung der deutschen Verhältnisse rechnen und sich der Erwartung hingeben, daß nach den Wahlen in Deutschland eine arbeitsfähige parlamentarische Basis zustande kommt, die es der deutschen Regierung gestattet, ihre bisherige Außenpolitik fortzuführen. In den machenden Regierungskreisen hat man den Eindruck, daß das Vertrauen des Auslands in eine geordnete Entwicklung der deutschen Verhältnisse außerordentlich groß ist, und man weiß bei dieser Gelegenheit auf den beispiellos glänzenden Erfolg der deutschen Anteile hin, die nach den amtlichen Berechnungen im Durchschnitt mindestens um das zwölf- bis fünfzehnfache überzeugt worden ist. Dieses Vertrauen des Auslands kann als Gradmesser für die Aussichten der künftigen Außenpolitik Deutschlands gelten.

Die deutsche Diplomatie wird es nicht mehr nötig haben, die deutlich größten Anstrengungen zu unternehmen, um die Welt von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß Deutschland an seinem Wiederaufbau der ungehörten Entwicklung seiner Kräfte bedarf und vor einer Wiederholung der Eingriffe in seine Existenzrechte von außen bestimmt bleiben muss. Dieser Zustand macht sich gerade jetzt bei der Frage der Aufrüsterverhinderung der deutschen Heeresanlagen in Friedensbahnen geltend. Es ist doch immerhin sehr interessant, daß augenscheinlich nicht einmal in Frankreich mehr die Forderung auf Beibehaltung dieser Anlagen wiederholt wird. Der Aufklang der nationalistischen französischen Presse ist vielmehr überraschend schnell zum Schweigen gebracht worden. Auch darin kann man den Beweis für die Tatsache erblicken, daß die Lage Deutschlands sich wesentlich verbessert hat und absolut kein Grund dafür vorliegt, die künftige Entwicklung vom pessimistischen Standpunkt aus zu betrachten. Um so mehr aber besteht nach Ausschaffung der leitenden diplomatischen Stellen des Berliner Auswärtigen Amtes, die den parteipolitischen Zusammensetzungen abholen, keine Angst, die unbedingte Notwendigkeit, daß diesmal ein arbeitsfähiger Reichstag zu standekommt, der auf der parlamentarischen Grundlage die Regelung der Regierungsgeschäfte gestattet. Ein Sieg der antiparlamentarischen Kräfte würde nicht dazu beitragen, die Auswärtigkeitsentwicklung sicherzustellen, sondern würde nur zu einer, wenn auch nur vorübergehenden, Erhöhung der Lage Deutschlands führen.

## Die Parteitage der Mitte.

Berlin. Das Interesse der politischen Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Aussicht einer Wiederauflösung zwischen den bisherigen Regierungsparteien, die bekanntlich von den führenden Stellen dieser Parteien in die Wege geleitet wird. Es ist ein besonderes Zusammentreffen, daß in den nächsten Wochen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten ihre Parteitage zusammenberufen haben, um eine endgültige Stellungnahme zu den Problemen der Regierungstage herbeizuführen. Auf dem volksparteilichen Parteitag wird Minister Dr. Stresemann in einer hochpolitischen Rede für die unbedingte Wiederherstellung und Fortführung der Politik der Mitte eintreten, während Reichsanzahl Dr. Marx in dem gleichen Sinne auf dem Parteitag des Zentrums vortreten wird. Der demokratische Parteitag, der allerdings den Charakter eines außerordentlichen Parteitages trägt, soll die Richtlinie der Demokratischen Partei für den Wahlkampf festlegen und die Zugehörigkeit der Demokraten zu der Politik der Mitte festlegen. Im Zusammenspiel hierzu hat es in den politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen, daß die Führer der Deutschen Volkspartei ausdrücklich erklären, daß für die Deutsche Volkspartei ein Wahlbündnis mit den Deutschen Nationalen nicht in Frage komme, sondern die Partei als selbständige Mittelpartei im Wahlkampf auftreten werde.

## Der Kampf um den Reichspräsidenten.

Berlin. Am Laufe des Mittwoch-Nachmittags hielt die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, in der die bisherigen Beschlüsse bestätigt wurden. In der Aussprache wurde allgemein der Rücktritt Eberts verlangt. Mit einer scharfen Forderung der Partei nach dieser Aktion wird auf den zum 16. November einberufenen Parteitag gerechnet.

## Kein Wahlabschluss zwischen Volkspartei und Deutschnationalen.

Berlin. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz bezeichnete die ihm anhängende von einem Berliner Vertreter der römischen "Tribuna" in den Mund gelegte Neuhernung, daß keine und die Deutschnationale Volkspartei bei den Wahlen wohlwollend gemeinsame Sache machen würden, als frei erfunden. Darüber hinaus wird von zuständiger Seite festgestellt, daß die Meldung von einem angeblichen Wahlabschluss zwischen den beiden Parteien auch sonst jeder Grundlage entbehrt und von ganz offenkundiger Tendenz eingesetzt ist. Die Deutsche Volkspartei werde den Wahlkampf in voller Selbstständigkeit führen. Der gleiche Zustand liegt zweifellos auch auf Seiten der Deutschnationalen Volkspartei vor.

## Keine Spaltung der Deutschnationalen Partei.

Berlin. Von führender deutschnationaler Seite wird uns mitgeteilt, daß die Gerichte über eine angebliche Spaltung der Deutschnationalen Partei, die im Zusammenhang mit einer Verherrigung der dem alten Führer, Reichsgrat Dr. Eich, nobelbekleidenden "Deutschen Zeitung" entstanden waren, jeder Grundlage entbehren. Die Deutschnationale Partei wird in voller Geschlossenheit in den Wahlkampf eingehen und an ihrer Parole der Wiederherstellung der Monarchie und des Aufbaus Deutschlands auf nationaler und völkischer Grundlage festhalten. Zu der Frage der auswärtigen Politik nimmt die Mehrheit der deutschnationalen Führerkreise noch wie vor einer absolut ablehnende Haltung gegenüber den Londoner Abmachungen ein und fühlt sich an feuerlei Abmachungen mit der Deutschen Volkspartei gebunden.

## Herdt legt den Parteivorsitz nieder.

Berlin. Der bisherige Parteivorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Erzherzog Herdt, hat den Parteivorsitz niedergelegt. Parteiamtlich wird dazu noch folgendes mitgeteilt:

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der an erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde. Der bisherige Parteivorsitzende Staatsminister Herdt erklärte entsprechend seiner bekannten öffentlichen Ankündigung, daß er den Parteivorsitz niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung ihr Ende gefunden hätten. Der Parteivorstand nahm mit verächtlichem Bedauern den Entschluß des hochverdienten Parteivorsitzers zur Kenntnis, sprach ihm den herzlichsten Dank für seine erfolgreiche und selbstlose Leitung der Partei aus und rietete an ihm die einmütige Bitte als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen, die unter ihm zur stärksten Partei Deutschlands geworden sei.

Mit der Parteiführung wurde bis zur Tagungsgemäßen Neuwahl der Parteikanzeln, die Ende dieses Jahres stattfinden wird, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Dr. Windeler, betraut. Zugleich wurde der Großadmiral v. Tirpitz einstellig zum Mitgliede der Parteileitung ernannt. Im Laufe der nächsten Woche werden die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammenentreten.

## Reichsminister Dr. Hamm lehnt die Kandidatur ab.

Berlin. Der Reichsminister Dr. Hamm hat der Wahlkreisorganisation der demokratischen Partei für Oberbayern und Schwaben, die ihm erneut die Spurenkandidatur angeboten hat, mitgeteilt, er müsse mit Rücksicht auf seine durch die aufstrebende politische der letzten zehn Jahre stark angegriffene Gesundheit die Kandidatur ablehnen, sei jedoch bereit, der demokratischen Sache nach wie vor seine Kraft zu leisten.

## Die Mithrauenanträge im preußischen Landtag abgelehnt.

Berlin. (Funkspruch.) Im preußischen Landtag wurde das demokratische Mithrauenvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 79 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Das Mithrauenvotum gegen den Minister des Innern Seeringer wurde in der heutigen Landtaatsversammlung mit 205 gegen 80 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

## "Aktive Kampfmittel"

### der Kommunisten.

#### Planmäßige Strengung der Versammlungen.

Berlin. Die "Note Dahne" meldet, daß die geplante Tagung der Kommunistischen Partei einstimmig die Anwendung aller "aktiven Kampfmittel" für die Wahl und die Wahlversammlungen beschlossen hat was heißen soll: die planmäßige Strengung der nichtkommunistischen Wahlversammlungen im Reiche. (Siehe Bild.)

## Weitere Haussuchungen in Berlin.

Berlin. Das Vorgehen des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof gegen die ihrer Gemeinschaft verdächtigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, gegen die Hochverratsverschrechen schwören, hat zu weiteren Haussuchungen in Berlin geführt. In aller Dräie erschienen Beamte der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums in der Wohnung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schmetter, der im Quartier des sich augenscheinlich in Berlin aufhaltenden sächsischen Landtagsabgeordneten Paul Böttcher war, um nach dem Verbleib des flüchtigen Reichstagsabgeordneten Roenen zu forschen, von dem man annahm, daß er sich in einer der beiden Wohnungen versteckt habe. Die Durchsuchungen verliefen ergebnislos. Roenen hielt sich dort nicht auf, er hat anscheinend rechtzeitig von der Suche nach ihr Wind bekommen.

## Zwei flüchtige Abgeordnete gefasst.

Berlin. Nach der "Note Dahne" sind gestern in Stuttgart der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maslowski und in Bremen der bisherige Abgeordnete Epstein verhaftet worden.

## Die Exterritorialität der Sowjetvertretung.

Berlin, 23. Oktober. Die vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrat und gemeiner Verbrennen verfolgten kommunistischen Abgeordneten befinden sich mutmaßlich noch in Berlin, wie aus Telephonanruhen der Gefangen bei Berliner Bekannten gestern Abend hervorzuheben wußt. Seitdem bis jetzt festgestellt ist, sind zwei dieser Anrufer von der Telefonnummer der Sowjetvertretung geführt worden, in die die Polizei wegen der Exterritorialität der Gesandtschaft nicht eindringen darf.

## Die Vollziehung des Landwirtschaftsrates in Berlin.

Berlin. Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands trat gestern der deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 54. außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Die Verhandlungen werden sich über zwei Tage hinausziehen. Die öffentlichen Kundgebungen finden heute Freitag statt. Zu ihnen erwartet man auch das Erscheinen des Reichsführers Marsch, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Graefen Rantz und des Wirtschaftsministers Hamm, die voransichtlich auch das Wort erzielen werden. Freitag steht zunächst das Thema: "Landwirtschaft und Handelspolitik" auf der Tagesordnung. Als Referenten sind Rittergutsbesitzer Graf von Kettler-Gamern und Direktor Dr. Müller-Berlin vorgesehen. Über das Thema: "Landwirtschaft und Reichsversicherungssache" werden Landesrat Schröder-Berlin und Graf von Baudissin-Berlin sprechen. Schließlich wird noch die wichtige Frage: "Landwirtschaft und Reichssteuergesetze" zur Beratung kommen. Hierzu haben Direktor Dr. Horlacher-München und Regierungspräsident a. D. Kutschner-Berlin Berichte übernommen.

#### Eine landwirtschaftliche Kreditanstalt gefordert.

Berlin. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in seiner außerordentlichen Vollversammlung einstimmig beschlossen, zu fordern, daß die Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt, wie sie in § 9 des Gesetzes über die Goldnotenbank vorgesehen ist, unverzüglich und in engster Annäherung an die erfolgte Umgestaltung der Deutschen Rentenbank vorgenommen werde.

In dem Beschuß heißt es weiter: Die deutsche Landwirtschaft, die ohne Mitverantwortung staatlicher Organe zu zwei Dritteln die Lasten für die Wiederherstellung der deutschen Währung übernommen und getragen hat und die nunmehr zur Tilgung der aus diesem Anlaß bei der Rentenbank aufgenommenen Reichskredite verpflichtet worden ist, muß für sich das Recht und die Fähigkeit in Anspruch nehmen, die bei der deutschen Rentenbank zur Sanierung ihrer eigenen Kreditlinie verfügbare geringen Mittel durch ihre eigenen Organe zu verwerten.

## Die Tätigkeit der Kontrollkommission.

Berlin. In der Woche vom 18. bis 18. 10. sind von den interalliierten Kontrollkommissionen aufgelöst worden 24 Truppeneinheiten, 31 Heeresanstalten und Verwaltungsstellen, 42 Polizeistellen, 30 Firmen und Fabrikbetriebe. Außerdem fand ein nicht angekündigter Besuch bei einem Truppenteil in Dessau statt. Unter den der Kontrolle unterzogenen Fabrikbetrieben befinden sich die Firmen Böning in Höerde, Stahlwerk Becker in Witten, Blauesmannsbrennwerke in Witten.

## Dorfliches und Städtisches.

Miesa, den 24. Oktober 1924.

\* Samstagabend. Auf den heute abend im Wettiner Hof aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Gemeindeakademie Miesa stattfindenden Samstagabend sei hiermit nochmals hingewiesen.

\* Deutscher Abend. Wie machen hiermit nochmals auf den morgen im "Stern" stattfindenden Deutschen Abend mit Vortrag des Herrn Hauptleutnant v. Bülow anmerkt. — Der "Stahlhelm" bitte uns, darum hinzufügen, daß der Deutsche Abend nicht von ihm, sondern vom Volks-Socialistischen Block ausgeht.

\* Die deutschen Kleinstädter. Einhergehender Abend verhalf gestern die Literarische Vereinigung an der Oberrealschule Miesa den sehr zahlreich erschienenen Besuchern der zweiten Aufführung von Roskruus' 4-aktigem Lustspiel "Die deutschen Kleinstädter". Es ist an dieser Stelle über die Erstaufführung in Miesa am 10. Oktober eingehend berichtet worden, sobald es sich heute erübrigte, das einzelnen aus die Veranstaltung eingehen. Zusammenfassend sei gesagt, daß ich auch gestern all die jugendlichen Darsteller ihrer Aufgabe in einer Weise entledigt, die uneingeschränkte Anerkennung verdient. Die Rollenbesetzung war eine recht glückliche. Die Mitwirkenden entfalteten bemerkenswerte Leistungen auf schwierischer Gebiete und es gelang ihnen bestens, durch leidliches Wesen, durch flottes, lebhaftes Spiel ihre dankbaren Zuhörer von Anfang bis zum Ende prächtig zu unterhalten, sodß auch die gefürchtete zweite Aufführung des Lustspiels den besten Eindruck hinterlassen hat. Gewiß werden die bisher zum Ausdruck gekommenen Sympathien für die Darstellungen der Literarischen Vereinigung an der Oberrealschule auch ferne künftlichen Veranstaltungen erhalten bleiben. — Die Aufführung erfolgte zum Besten des Hilfswerkes der Stadt Miesa. Erstenslicherweise war der Besuch ein guter, sobald aus den Einnahmen ein immerhin nennenswerter Ertrag den städtischen Wohltätigkeitsstiftungen ausfließen wird.

\* Nochmals die deutsche Einheitsforschung. Die deutsche Einheitsforschung ist bekanntlich durch Beschluss der Reichsbehörden und der deutschen Länderregierungen am 20. September 1924 zur Tatsache geworden. In ersten Bemühungen und langen Beratungen haben berufene, wissenschaftlich und praktisch erprobte Vertreter der Schulen Gabelsberger und Stolze-Schrey das Einheitsforschungssystem geschaffen; es hat die bewährten Grundzüge beider Systeme in sich aufgenommen und ist deshalb für die, welche bereits nach einem dieser beiden Systeme Kenntnis erlangt haben, verhältnismäßig leicht zu lernen. Für diese ist ein von Studiendirektor Dr. B. Gaster in Berlin herausgegebener Leitfaden bestimmt, der zur schnellen und leichten Aneignung der Einheitsforschung dienten soll. Bei der Ausarbeitung des kurzgefassten, methodisch aufgebauten Leitfadens mußte zunächst von einem der beiden Systeme ausgegangen werden; es ist dafür das System Gabelsberger gewählt worden, weil dieses gewissermaßen das Standardgerüst der Einheitsforschung geliefert hat. Um weiteren Gang zeigt der Leitfaden dann immer deutlicher den starken Einfluß des Systems Stolze-Schrey (Regelmäßigkeit, Vermeidung von Ausnahmen und Nebenregeln, leichte Erinnerbarkeit), wenn auch dessen Abhängigkeiten bis nach der Seite des Systems Gabelsberger hin erfolgte Regelmäßigkeit der Schreibweise zuerst ungewohnt und ungewöhnlich erscheinen wird. Guter Wille und Übung werden die gewiß nicht großen Schwierigkeiten bald überwinden. Herr Dr. Gaster empfiehlt, zunächst in jedem Abschnitt des Leitfadens die stenographischen Beispiele und Übungen durchzunehmen, bis sie ohne Studien gelesen werden können, und sie wiederholte abzuschreiben, ferner sie in gewöhnliche Schrift zu übertragen und sie aus dieser wieder in stenographische Schrift umzuzeichnen; dehngend ist anzuraten, das bisher gebrauchte Stenographiebuch dabei nicht anzuwenden, um Verwirrungen zu vermeiden. Wer diese Ratschläge befolgt, wird sich in kurzer Zeit in die Einheitsforschung eingelebt und eingeschrieben haben; fortgeschrittene Übung wird ihm dann auch bald die Schreibgeschwindigkeit, die er in dem bisher gebrauchten System besaß, wieder erreichen lassen; dazu hat er dann den großen Vorteil erworben, im schriftlichen Verkehr von der deutschen Einheitsforschung einen weit ausgedehnteren Gebrauch machen zu können, als es bisher bei der Verschriftung auf stenographischem Gebiete in Deutschland möglich war.

\* Landesverband Sächsischer Waldbezirker. Im Saal des Landeskulturbundes in Dresden fand am Mittwoch eine Mitgliederversammlung des Landesverbandes Sächsischer Waldbezirker statt. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden Grafen zu Solms-Wildenfels eröffnete Herr von Carlowitz den Haushaltungsplan. Bürgermeister Dr. Dittrich-Kamenz wurde aus dem Ausschuß in den Vorsitz und Oberbürgermeister Dr. Hartenstein-Freiberg an dessen Stelle in den Ausschuß gewählt. Landesfortschrittsmeister Professor Dr. Bernhard Tharandt berichtete über die Tätigkeit der Gesellschaft zur Förderung forstlicher Forschung und Wissenschaft. Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Böhme berichtete über die beschäftigte Verlegung der Forstakademie Tharandt. Die Verhandlung beschloß, der Gesellschaft zur Förderung forstlicher Forschung und Wissenschaft als corporatives Mitglied beizutreten. Oberforster Hilt-Eberswalde sprach über gestiegerte Produktivität der Arbeit in der Forstwirtschaft.

\* Ein sozialistischer Vorstoß gegen die Polizei. Die Chemnitzer "Vollstimme" veröffentlichte eine Meldung der "Sächsischen Republikanischen Korrespondenz" aus Plauen, in der die Tätigkeit der im Plauen gelegenen des Deutschen Tages eingesetzten Dresdner Polizei beklagt wird. Es wird darin behauptet, daß es "dank der Populärität einiger reaktionärer Polizeioffiziere" trotz der gegenteiligen Verfassung des Innensenministeriums doch zu Demonstrationen in Plauen gekommen sei. Der Führer der Dresdner Polizei, Hauptmann Haase, habe eine sehr eigentümliche Haltung eingenommen und die Umfrage geradezu ermündigt. So sei nach Erfüllung der gottesdienstlichen Heiter eine Abteilung der Landesspolizei einem Demonstrationszug entgegengesetzt, sei aber unter dem Jubel der Hafenfeuerwehr durch den Befehl des Hauptmanns Haase am Einschreiten verhindert worden". Es wird Sache der Dresdner Polizei und des angegriffenen Polizeihauptmanns sein, sich gegen diese Vorwürfe des sozialdemokratischen Korrespondenzbüros zu wehren.

\* Wuttag des Ulbautischen Verbändes. Am Sonntag fand in Dresden der Gaukongress des Ulbautischen Verbändes statt. Den Hauptvortrag hielt der Hauptgeschäftsführer des Verbändes Freiherr v. Blichthoff-Schäfer aus Berlin über das Thema: Am Scheidewege zwischen Untergang und Wiedergeburt.

\* Zum Falle Arzt. Die "Dresdner Volkszeit" nimmt sich des Abg. Arzt an und teilt mit, daß Arzt behauptete, mit dem ihm zur Last gelegten anonymen Brief an einen Schriftleiter der "Sachsenstimme" auch nicht das geringste zu tun zu haben. Arzt werde eine Bedenkschrift gegen alle diejenigen antreten, die ihm mit dem an die "Sachsenstimme" gerichteten anonymen Briefe in Verbindung bringen. Man muß angesichts dieser Mitteilung unwillkürlich an das Auftreten des Abg. Arzt im Gaukongress denken, wo er unter dem Ausdruck großer Unzufriedenheit und mit den scharfsten Ausdrücken es leugnete, irgendeine Beziehung zu der nachteiligen Reaktionsschrift "Sachsenstimme" zu haben. Man kann nur hoffen,

daß die "Sachsenstimme" zu beklagen. Wir tun es nun genau, dagegen hat die Disziplinäruntersuchung über den Fall ihres Fortgangs genommen und man darf bald Näheres über deren Ergebnis erfahren.

\* Dr. Lempe wird abgehn. Der frühere Ministerialdirektor Dr. Lempe hat der Regierung gegenüber es entschieden abgelehnt, den ihm zugeschauten Posten eines Kreishauptmannes von Leipzig zu übernehmen. Da andererseits kaum die Möglichkeit oder Neigung bestehen dürfte, Dr. Lempe auf einem anderen Posten in der Staatsverwaltung zu verwenden, nach er abgehn werden.

\* Der Dresdner Luftverkehr. Aufsicht verschiedener Nachfragen des reisenden Publikums bittet uns die Sachsische Luftverkehrs-A.-G. mitzuteilen, daß der Luftverkehr auf der Strecke Dresden-Berlin, der sich großer Beliebtheit und großer Ausübung erfreut, nach wie vor bestehen bleibt. Der Vorteil des Verkehrs liegt besonders in dem recht günstig gelegenen Flugplan, der es den Geschäftsleuten ermöglicht, bei Morgenstart um 8.15 Uhr bereits um 9.30 Uhr in Berlin-Tempelhof zu landen und den ganzen Vormittag für Sitzungen und Besprechungen in Berlin zur Verfügung zu haben. Der Rückzug erfolgt sozeitig, daß das Gegenflugzeug noch vor Dunkelheit, um 3.30 nachmittags, in Dresden wieder eintrifft. Der Verkehr wird in dieser Form auch während der ganzen Wintervorlage durchgeführt werden. Die Reise erfolgt mit modernen Juniors-Drehschwungzeugen, die eine geschlossene, bequem eingerichtete Kabine besitzen, sodß die Reisenden gegen alle Witterungsbeeinflussungen der kalten Jahreszeit geschützt sind. Der am letzten Sonntag von den Sachsischen Luftverkehrs-A.-G. veranstaltete Rundflug erfreute sich gleichfalls eines großen Erfolgs. Zweihunderts-Gefahren-Maschine führten bei beständigem Herbstwetter bis zum Eintritt der Dunkelheit ununterbrochen über Dresden und seiner reichsweit umgebenden Rundflüsse aus, wobei insgesamt 134 Personen befördert wurden.

\* Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Tage auf dem lädtischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 12. bis 18. Oktober 1924 folgenden Bericht. Die Gesamtarbeitsmarktlage hat in dieser Berichtswoche wesentliche Veränderung nicht erfahren. Der Beschäftigungsgrad sowie die Neuansforderungen von Arbeitskräften halten sich in den Grenzen der Vorwoche. Die Zahl der untersuchten Erwerbslosen verringerte sich nach den statistischen Erhebungen von 51.402 (41.844 männliche, 9.558 weibliche) am 1. Oktober 1924 auf 47.139 (38.177 männliche, 8.962 weibliche) am 15. Oktober 1924 und die Zahl der Aufschlagsentpfänger von 48.642 auf 43.243. Von den Hauptunterstützungsentpfängern, unter denen 1579 unter 18 Jahren enthalten sind, wurden am 15. Oktober 1924 2.908 zu Pflichtarbeiten, 3.385 zu kleinen und 1.792 zu großen Notstandsarbeiten herangezogen. Was die Lage in den einzelnen Industriezweigen und Berufsgruppen anlangt, so blieb diese allgemein gleich wie in der Vorwoche. Verbleibt haben sich die Beziehungen infolge der vorgebrachten Jahreszeit nur in den Aufzehräumen der Industrie der Steine und Erden, insbesondere im Ziegelgewerbe. Auch auf dem Stellennmarkt für Kaufmännische und Büroangestellte brachte der Vierteljahrswechsel weiteren Zugang und verschärfte die rechte ungünstige Lage in diesen beiden Berufen noch mehr.

\* Dresden. Ein schweres Verbrechen wurde am Mittwoch in der vierten Nachmittagsstunde in der Nicolaistraße 17 verübt. Dort befindet sich das Ladengefaß des in den vierziger Jahren stehenden Schlossermeisters Georg Eichner, während die Werkstatt im Hintergebäude des gegenüberliegenden Grundstückes Nr. 12 ist. Zu vorgenannter Zeit erschien ein zunächst unbekannter, in den zwanziger Jahren stehender junger Mann, der ein Fahrrad zum Kauf anbot. Das ganze Benehmen des Veräußlers erregte Verdacht, er saß in den sogenannten Diebstahlbekämpfungsmaßnahmen nach und beauftragte seine Frau, von der Werkstatt aus die Kriminalpolizei anzufragen. Schlossermeister Eichner schloß beim Weggang der Frau die Ladentür ab und verblieb mit dem Verkäufer allein im Geschäftszimmer. Der gehegte Verdacht war nur zu begründen. Der mit eingeschlossener Veräußler zog plötzlich einen Revolver hervor und feuerte drei Schüsse auf Schlossermeister Eichner ab, der in Kopf, Hals und Brust getroffen wurde. Hierauf zertrümmerte der rachsüchtige Täter die Glasscheibe der Glaswandtür und ergriff die Flucht. Eine Frau, die sich unerwähnt entgegenstellte, wurde auf der Nicolaistraße durch einen vierten Schuß am Arm verletzt. Die entstehenden Vorgänge blieben begreiflicherweise nicht unbemerkt. Man vermochte den flüchtigen Verbrecher zu verfolgen und am Stephanienplatz erneut zu stellen und der Polizei zu übergeben. Der Täter entpuppte sich als am 7. 1. 1923 aus Wilsdruff geborene Wollereigebüll Friz Wiesch, der bereits steckbrieflich gesucht wurde. Der Täter stand am 8. Juli 1921 als junger Strafendäuber vor dem Dresden Schwarzenberg; er hatte am 4. März gleichen Jahres mit dem jüngsten Holzbildhauer Adolf Friz Hensel den Kaufmann Blaube in Wilsdruff vor seiner Wohnung aufgelauert, mit Taschläger und Revolver bedroht und in dentale freie Weise ausgeraubt. Das Schwarzenberger verurteilte damals den Friz Wiesch zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte in der Dauer von sechs Jahren. Hensel kam mit 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis davon. Wie hieraus zu erkennen ist, hatte sich Friz Wiesch bereits vor drei Jahren als gemeingefährlicher Mäurer betitelt. Ein Teil der Strafe war im Gnadenwege begangen, unter Jubiläum einer Bewährungsfrist erlassen worden, eine solche war damals hier nicht am Platze gewesen. Friz Wiesch hatte sich vor mehreren Monaten mit seinem flüchtigen Bruder Rudolf vereinigt. Letzterer ist am 21. 8. 1919 gleichfalls zu Wilsdruff geboren, er ist von Beruf auch Wollereigebüll und macht schon seit längerer Zeit die ganze Dresdner Umgebung als Einbrecher und vornehmlich Fahrraddieb an. Von ihm ist bekannt, daß er eine Schußwaffe besitzt und beim Betreten gewisser Geschäfte aufs Ganze gehen will. Rudolf Wiesch kommt für zahlreiche Straftaten in Frage; nach seiner Person wird lebhaft gesucht. Wie weit der jegliche verbündete Täter an den einzelnen Straftaten des noch flüchtigen Bruders beteiligt ist, dürften die beobachteten Entwicklungen bald ergeben. Der schwer verletzte Schlosser Eichner mußte in kostengünstigem Gutshaus nach dem Krankenhaus überführt werden. Besonders gefährlich ist die Schußwunde im Halse. Der blutige Wergang hatte zu einer großen Menschenansammlung geführt.

\* Dresden. Im gemeinsamen Eßgang des Chorwerverbands Dresden und Umgebung mit Vertretern sämlicher Dresdner Sängerbünde kam die anhängigste hohe soziale Belastung zur Sprache, die jede Verantwortung von Konzerten Dresden-Gohlisvereine fast unmöglich macht. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Interesse der Volkskultur sehr zu bedauern wäre, wenn durch Beibehaltung oder gar Erhöhung der jetzt schon untragbaren Steuersätze das öffentliche Wirken der Gesangvereine unterbunden würde.

\* Bad Gottleuba. Auf Anlaß des ersten bedeutenden Ereignisses der glücklich erfolgten Beppeln-Aufführung über den Alantischen Ocean ist einstimmiges Beschlüsse der Stadtverordneten genoss von der Stadtverwaltung auf dem Straßenrundschau der hohen Staatskrone Dresden-Gottleuba-Teply-Rausch-Prag beim städtischen Rathaus, gegenüber dem Schlachtdenkmal (Turm) von 1918 eine "Friedensdenkmal" zum hundertsten

in den nächsten großen Feiertagen bestimmt worden. — Nächster Sonntag und Montag findet hier Kirchweihfest mit Frosch- und Viehmarkt abgehalten. Nach den eingegangenen Anmeldungen gibt es diesmal wieder rege Beteiligung und lebhafte Verkehr. Der Sächsische Handbund veranstaltet natürlich den Frosch- und Viehmarkt nachmittags 3 Uhr im Gasthof "Zum Kronprinz" einen Bauerntag.

\* Bischofswerda. Die städtische Sparkasse feiert auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde von dem damaligen Bürgermeister August König gegründet. Am Gründungstage, dem 22. Oktober 1849, wurden 23 Einlagenbücher mit insgesamt 544,70 Mark ausgegeben. Heute hat die Sparkasse einen monatlichen Umsatz von 8,5 Millionen Mark mit rund 7000 Buchungen.

\* Stollberg. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde bekanntgegeben, daß der Rat die Einführung der kostenlosen Totenbestattung wegen Mangels an Mitteln ablehne. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte nun, in den Haushalt für 1925 eine Summe von 20.000 Mark für diesen Zweck einzustellen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

\* Pirna. Das kürzlich neu gewählte Stadtparlament trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte als 1. Vorsitzenden Justizrat Dr. Klads wieder als 1. Bürgermeister wurde Fabrikdirektor Witte und als 2. Bürgermeister Klempner übermeister Leisner neu gewählt. Sämtliche Gewählte gehören der National-Arbeitsgemeinschaft an.

\* Chemnitz. Ein 14-jähriges Schulmädchen, das am Dienstag vormittag auf der Hartmannstraße von einem Mann in unstilllicher Weise bestellt wurde, flüchtete und lief dabei in einen Personentransportwagen hinein, von dem es zu Boden gerissen und überfahren wurde. — Hier wurde eine 31-jährige Arbeiterin aus Kleinodenthal verhaftet, die in Männerkleidung und kurz geschnittenen Haaren seit mehreren Monaten hier und auswärts ihren Lebensunterhalt durch Betteln erwirtschaftet.

\* Merseburg. Die hiesige Oberrealschule wird am 23. und 24. Mai nächsten Jahres ihr 50-jähriges Bestehen feiern können.

\* Grimma. Der in der Stadtgirofasse beschäftigte Polizist Diez ist plötzlich geworden, nachdem er Kenntnis erlangt hatte, daß eine Nachprüfung seiner Rasse vorgenommen werden sollte. Die Prüfung hat ergeben, daß die Passenführung nicht in Ordnung ist; welche Verträge fehlen, läßt sich z. St. nicht genau sagen. Der Ausgang der 200 Jahre stehende Beamte befand sich im Urlaub. — In den Ortsteilen rings um den Werdauer Wald trefft eine Einbrecherbande ihr Unwesen. Betroffen wurden die Dörfer Seelingstädt, Waldsiedlung und Trünzig. In einer der letzten Nächte sind allein an die zehn Einbrüche verübt worden. Aufgegriffen wurden ein 81 Jahre alter Schlosser aus Leipzig und ein 40 Jahre alter Klempner aus Crostendorf, die aus der Gefangenenaufhalt Zwiedau entwichen waren. Hier hatten sie längere Freiheitsstrafen zu verbüßen. Die Ausbrecher waren mit Schiebwaffen und Einbrecherwerkzeug versehen.

\* Schwanberg. Dem Telunion-Zachendienst wird von hier geschrieben: In dem sonst so friedlichen Bergdorf Sosa ist seit einigen Jahren ein Kampf zwischen Schule und Kirche entbrannt, der den Frieden der Gemeinde gefährdet zu zerstören droht. Im Jahre 1919 erhielten der dortige Gemeinderat sowie der Schulausschuß rote Wehrheiten. Diese benutzten ihre Macht zur Anstellung von nur links getrichteten Lehrern. Diese wieder drängten es fertig, bewußt bürgerlich oder neutral stehende Kollegen zu drangalieren und zum Fortgang zu bringen. Sonderbarweise haben auch die Schulbehörden dieser Entwicklung sich nicht widergestellt. Vielmehr bewilligte das Bezirksgericht Schwarzenberg im Frühjahr d. J. die Vergesung des einzigen neben dem Kantor Religionsunterricht erzielenden Lehrers. In den örtlichen Schulverbänden war die Vergesung nicht begründet; denn 8 Tage nach dieser forderte der Schulausschuß eine neue Lehrkraft an. Das letzte Ziel der treibenden Kräfte ist, dem Religionsunterricht für den ganzen Ort möglichst zu unterbinden, trotzdem die übergroße Mehrzahl der Eltern ihn wünscht. Außerdem sollte der Kirchendienst durch Lehrer unmöglich gemacht werden. Offenbar war sich ausgerechnet der dortige Schulleiter, der Religionsunterricht zu erteilen abgelehnt hat, um die ausgedehnte Kantorschule ein. Die Sosaer Schule ist ein Kirchenschulheim, an dessen Bau die Kirche beteiligt war. Die den Kirche laut Beschluss des Kultusministeriums verbrieften Rechte auf die in der Schule vorhandene Kantorwohnung werden der Kirche streitig gemacht. Eigentümlich erbrachte der Schulausschuß die Vorzüglichkeit dieser Wohnung und verbot sie mit eiserner Regel. In die der Kirche gehörige Wohnung zog ein von auswärtig herangeholter Lehrer, obwohl er von mehreren Seiten auf das Unzulässige seiner Handlung hingewiesen worden war. Nachdem alles gültige Bureaus der Kirche, die widerrechtlich bezogene Wohnung zu räumen, fruchtlos geblieben war, kam es am 31. Januar d. J. zur Gerichtsverhandlung in Ebenrode. Der Schulausschusssvorsitzende Arnold wurde wegen Eindringens in eine fremde Wohnung mit 300 Mark Strafe und Tragung des Kosten verurteilt, der Lehrer nur aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Pflicht, die Wohnung nunmehr zu räumen, um den Einzug des ingwischen neubestellten Kantors zu ermöglichen, erkannten die Herrschaften aber nicht an. Auch die goldene Brücke der Vergesung wurde von dem eingedrungenen Lehrer nicht beschritten. Vielmehr bestand er das Landgericht Zwickau mit der Angelegenheit, daß den Standpunkt der Vorwürfe teilte. Die linke Seite, unter Führung von Dr. Preyer, peitschte mit Volksverfassungsmaßnahmen, Flugschriften, Sammeln von Unterstrichen und Zeitungsartikeln die Gewalt aus, denn ihr lag nicht an Eingang, sondern an Beseitigung des kirchlichen Reiches. Endlich, am 28. Juli 1924, nach fünfviertel Jahren, wurde die gerichtliche Räumung der Wohnung veranlaßt. Die Gegenseite organisierte nun die antikirchliche Bewegung mit dem Erfolg, daß jetzt 100 Gemeindemitglieder mit 40 Kindern den Ausritt aus der Kirche anmeldeten. Dieses wütende agitatorische Kreisen bei Verschärfung der Wahrheit verdient umso stärkere Verurteilung, als es durch Vertreter der Schule geschieht, die scheinbar nicht verhindern können, daß Reichs- und Staat geblieben ist. Renerungs beteiligen sich sogar die "Sächsische Schulzeitung" und die "Leipziger Zeitung" als Organe des Sächsischen Lehrervereins unter Entstellungen und Verbrechungen an dem in Sosa tobenden Kampf gegen die Kirche. Bedenkt man, daß diese Kreise neben dem Kantor Religionsunterricht erzielenden Lehrer, Anteile entnommen und den dortigen Baptistenprediger, der zugleich auch Schwiegervater ist, zum Nachfolger bestellt haben, so ist zu erkennen, welche unerträgliche Verhältnisse in diesem Teile Platz eingebracht haben. Man muss sich fragen, ob die gesetzlichen Behörden von diesen Dingen Kenntnis haben und was sie zu tun meinen, um den gerissenden Schülern Einhalt zu setzen.

\* Blauebnen. Im benachbarten Wehltheuer ließ auf der Landstraße nach Oberpitsch der zwölftjährige Schulfahrer Anton Blauebner, Sohn eines Lohnarbeiters, hinter einem Bollerwagen der und wurde, als er plötzlich zur Seite sprang, von einem in mäßigem Tempo daherkommenden Personalauto ergriffen und so schwer verletzt, daß er nach zwei

\* Leipzig. Ein aufregender Vorfall steht ff am Gründstück Ecke Seeburg- und Nürnbergerstraße ab. Beim Verein für Innere Mission war vor einigen Tagen ein 23 Jahre altes Mädchen mit seelischen Krankheitsercheinungen eingeliefert worden. In einem unbedachten Augenblick schleifte das Mädchen auf das Dach des vierstöckigen Hauses und drohte herunterzufallen. Straßenpassanten alarmierten sofort die Feuerwehr. Beim Eintreffen der Wehr war es dem Personal des Hauses bereits gelungen, das Mädchen zu fassen und in Sicherheit zu bringen. Der Vorfall hatte eine große Aufmerksamkeit angemessen.

\* Leipzig. Wie wir erfahren, wird aus bevorstehenden Großausstellungen im Rahmen der Leipziger allgemeinen Messe vom 1. bis 8. März 1925 eine Messeausstellung stattfinden. Die Münzleute stehen bereits zur Verfügung. Die Ausstellung wird in Betracht des allgemeinen Bedürfnisses an wissenschaftlichen und modernen Propagandamitteln aller Vorausicht nach sehr stark sein. Da zur Leipziger Messe fast 15 000 Aussteller aus aller Welt kommen, blieb die Messeausstellung als Sonderabteilung der Leipziger Messe eine Beachtung finden wie sonst nirgends in der Welt.

\* Leipzig. In der vorgestrahlten Sitzung des Bezirkstages der Amtshauptmannschaft Leipzig wurde ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag, durch den dem Vorsitzenden ein Mitherausvoottum ausgeschlossen wurde, angenommen. Bei der darauf folgenden Neuwahl wurde der Kommunist Ritter zum Vorsitzenden des Bezirkstages gewählt. Als im weiteren Verlaufe die Sozialdemokraten und Kommunisten die Auflösung des Bezirkstages verlangten und der Amtshauptmann eine Antwort auf eine bürgerliche Anfrage über die Erklärung der Folgen eines solchen Beschlusses ablehnte, verliehen die bürgerlichen Mitglieder den Sitzungssaal. Die zurückbleibenden Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen darauf einstimmig die Auflösung des Bezirkstages. — In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Baurat Hubert Ritter aus Köln von 87 Bewerbern im zweiten Wahlgange gegen den Architekten und Stadtverordneten Beyer zum Leiter des städtischen Hochbaus gewählt. — Der Redakteur der Leipziger Volkszeitung Ernst August Krenzel wurde gestern vom Leipziger Amtsgericht wegen Verstoßes nach § 21, 7 und 8 des Preisseuges an zwei Monaten Festhaftung verurteilt. Bei der Verhandlung war wegen Gehörlosigkeit des Staatsanwalts ebenso wie bei der Begründung des Urteils die Hörlichkeit ausgeschlossen. Die unter Anklage gestellten Artikel bezogen sich auf Vorgänge im sächsischen Landtag.

\* Gera. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die geschiedene Frau Schellhardt zum Tode und ihren Geliebten, den Handlungsgeschäftsmann Leipold, zu 10 Jahren Zuchthaus. Beide hatten im Mai d. J. die 10-jährige Tochter der Schellhardt erdrostet und am Fensterkreuz aufgefunden. \* Reichenberg in Böhmen. Seit die Staatsbahnen ganz tischdient sind, hat auch die alte deutsche Ordnung und Pünktlichkeit aufgehört. Besonders schlimm steht es neben der Nordbahn (bestatt durch die vielen Unfälle) auf der Strecke der Aussig-Leipziger Eisenbahn (Bergelzung: Usti-Leipzig-Drab). Die eingerissene Postwirtschaft findet jetzt nicht in der tschechischen Presse Berücksichtigung und die in nationalen Dingen berühmte tschechische "Narodni Demokratie" schreibt klarlich über die Zustände, daß sich die Verhältnisse zwar in nationaler Hinsicht erheulich gründet hätten, weil man jetzt überall die tschechische Sprache sehe und höre, aber in sachlicher Hinsicht seien die Dinge viel schlechter geworden. Wörtlich steht es dann: Solange diese Strecke in den Händen der Deutschen war, war alles in better Ordnung. Nun aber sind Unreinlichkeit, Überfüllung der Buggarnituren, zerbrochene Fensterwelben, Wirtschaft in den Bahnhofszestauungen usw. auf der Tagesordnung. Das Blatt fordert Abhilfe, weil diese Linie so viel von Ausländern befahren wird. Alle deutsche Ordnung und tschechische Wirtschaft. Diese Gestaltungen aus Feindesmunde wird man sich merken dürfen.

### Wie gegen die Regierung gekämpft wird.

Dresden. An der Spitze der "Sächsischen Staatszeitung" nimmt die Nachrichtsstelle in der Staatskanzlei unter der Leitung der "Wie gegen die Regierung gekämpft wird" Stellung gegen die sozialdemokratische Presse hinsichtlich ihres Kampfes gegen die Materialzulämmung des sozialdemokratischen Minister. Es heißt darin u. a.: Nach dem abgebauten Ministerialdirektor Freund veröffentlichte die Presse nunmehr ein langes Schreiben des früheren Polizeiobertoßn Schützinger. Der langen Rede seiner Sinn dieses Schreibens ist die Bekämpfung des in der Broschüre Gesagten, nämlich: daß Schützinger nicht im entsetzlichen über die Kenntnisse im praktischen Polizeiwesen verfügte, die unbedingt für die Ausübung eines solchen Postens die notwendige Voraussetzung sind.

Im Anschluß daran veröffentlicht dann der Umtagsrichtsdirektor Weiland ein Schreiben, in welchem er das in der Broschüre Gesagte bestreitet und als aus den Fingern gelegten hinstellt. Zur Unterstützung hat sich Herr Weiland den ehemaligen Justizminister Neu herangeholzt, von dem ebenfalls ein Brief veröffentlicht wird, der die Angaben Weilands bestätigt soll.

Demgegenüber schreibt der im gegenwärtigen Augenblick auf Urlaub befindliche Bearbeiter der politischen Strafsachen am Justizministerium folgendes:

Justizminister a. D. Neu wird unerwartet seines Schreibens an Direktor Weiland im Ernst nicht befreiten können, daß schon von ihm erwogen worden ist, Weiland bei einer sich einmal bietenden Gelegenheit anderweitig zu verwenden. Als sich durch das Ableben des Umtagsrichtsdirektors in Bautzen die Möglichkeit einer Verwendung für Weiland ergab, die ihn nicht bloßstellen und von ihm nicht als Verküpfung empfunden werden konnte, habe ich Ministerialdirektor Günther an seine Befreiung mit dem Minister erinnert; er erklärte mir jedoch die Nachfolgerkeit Weilands aus dem in der Broschüre angegebenen Grunde für nicht ratsam."

Der Umtagsrichtsdirektor Weiland schlägt seine ungewöhnlichen Behauptungen damit, daß er der Hörlichkeit überlasse, sich ein Bild von dem Inhalt der Materialzulämmung des Minister zu machen. Aus Vorhersehen ergibt sich, daß kein Anlaß vorliegt, von dem in der Materialzulämmung Gesagtes etwas zurückzunehmen, auf der anderen Seite zeigen aber die Veröffentlichungen des Umtagsrichtsdirektors Weiland, mit welchen Begründen die Regierung zu tun hat, die noch dazu Staatsbeamte sind.

Wie lange läßt sie die Presse einer großen Partei, wie es die sozialdemokratische ist, von einzelnen unzufriedenen Beamten dazu mißbrauchen, unwahre Behauptungen gegen die Regierung in die Welt zu setzen?

In dem Artikel wird weiter auf den Fall Wenn ein gegangen und ergriffen, sozialdemokratische Blätter suchen die Entscheidungsgröße des Urteils des Oberverwaltungsgerichts in einem für Dienste günstigeren Sinne umzubiegen und den Abbau Weilands gegen den klaren Sinn des Urteils als eine politische Maßregelung darstellen, in dem sie sich auf einen Sach in der Rechtsprechung berufen, welcher lautete: Die vom Ministerium des Innern geführten Personalakten enthalten über die Belegschaftung nichts, wie sie auch sonst nichts enthalten. nun auf den Stand des dienstlichen

Stellungen Weilands als Staatsbeamten Maßnahmen entlassen könnten. Wenn nun auch das Urteil auf diese Seite der Angelegenheit nicht einzutreten braucht, so wird dadurch doch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Regierung von der mangelnden Erkenntnis Weilands für den Posten des Dresdner Volkspresidenten überzeugt war und deshalb die Wiedereinführung Weilands ablehnt hat. Die Regierung befindet sich dabei in völliger Übereinstimmung mit der sozialen Bevölkerung einschließlich der Mehrheit der Sozialdemokratie. Die "Dresdner Volkszeitung" die jetzt glaubt, für Weile einzutreten zu müssen, habe von schon im September 1919 als einen zielgerichteten Schwadronen bezeichnet, als einen Mann, der mit einer Hand voll ausswendig gelernter Schlagwörter im Range herumreise.

Der Artikel der "Staatszeitung" beschäftigt sich dann mit den Angriffen der "Leipziger Volkszeitung" gegen den Leiter der Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, und widerlegt außerdem die Behauptung, daß Schulze Mitglied der Opossum gewesen sei. Der Artikel schließt: Verrückt ist der frühere Minister Liebmann der Postsekretär des sächsischen Teiles der "Leipziger Volkszeitung". Nachdem er selbst im Landtag am 12. Juni 1923 dem kommunistischen Abg. Krenzel gegenüber die Anschuldigung gegen Dr. Schulze widerlegt und nachdem die "Leipziger Volkszeitung" die Anschuldigung im Januar d. J. zurückgenommen hat, zeigt es nicht gerade von gewissenhafter Ausübung des Journalistenberufes, wenn die Behauptung immer wieder, wie man nun mehr leitstellen muß, widerholt wird. Widerliches Wissen den Besten aufgetischt wird.

### Die ungünstige Lage des laufmännischen Arbeitsmarktes.

Von der Stellenvermittlungs-Abteilung Dresden im Deutschen Handlungsgesellschafts-Verband wird uns geschrieben:

Während sich in einzelnen Gewerbezweigen bereits Anzeichen einer leichten Verbesserung bemerkbar machen, hält die sehr ungünstige Lage des laufmännischen Arbeitsmarktes unvermindert an. Sie hat sich seit Beginn dieses Jahres ständig verschärft. So standen nach der letzten amtlichen Stichtagszählung der wichtigsten Arbeitsmarktschichten für 89 245 Stellungsuchende laufmännische und Büroangestellte nur 1466 offene Stellen zur Verfügung. Auf jede offene Stelle kamen also nicht weniger als 61 Bewerber. Diese Zahlen sind obendrein nur ein Teilabschnitt, sie berücksichtigen nicht alle amtlichen Nachweise und überhaupt nicht die Stellenvermittlungen der Berufsverbände, sowie die große Zahl derer, die weder bei einem amtlichen noch bei einem beruflichen Nachweis registriert sind. So dürfte die Zahl der gegenwärtig stellenlosen Kaufmannsgehilfen mit 25 000 eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein. Ein wenig günstiger als noch diesen Zahlen ist die Arbeitsmarktlage für weibliche laufmännische Angestellte, noch ungünstiger dagegen für die Büroangestellten.

Bei einem guten Teil erklärt sich diese traurige Lage des laufmännischen Arbeitsmarktes daraus, daß in der Scheinblüte der Inflation der Kaufmannsberuf viele Lausejende Berufsfremde an zog und aufnahm. Nach zuverlässigen Schätzungen hatten wir noch im Mai d. J. dreimal soviel Handelsfirmen, Vermittler usw. als im Jahre 1914. Diese unmäßige Aufschwung mußte in dem Augenblick zur schweren Krise führen, als die Währungsstärkung unabkönnig zu einer Steitung unseres Wirtschaftslebens drängte. Eine schwere Depression mit zahlreichen Zusammenbrüchen war nicht zu vermeiden, und so sind gerade in den letzten Monaten in großer Zahl ungünstige Grundlagen aus der Inflationszeit der Liquidation verfallen. Dadurch wurden natürlich auch laufende laufmännische Angestellte ihrer Existenz beraubt. Dennoch, die in der Inflationszeit aus anderen Geschäftszweigen in den laufmännischen Beruf herübergetretenen, wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als zu ihrer früheren Berufstätigkeit zurückzukehren. Leider ist die berufliche Tatsache zu verzweigen, daß zwar die zuerst vom Abbau Betroffenen zum Teil eine neue laufmännische Stellung finden konnten, aber diejenigen laufmännischen Angestellten, die — hauptsächlich ihrer Berufstätigkeit wegen — am längsten gehalten wurden, zum allergrößten Teil der Stellenlosigkeit ausgesetzt waren. So wird eine erhebliche Anzahl Arbeitsplätze von berufstremden, weniger leistungsfähigen Personen eingenommen, während berufstätige durchgebildete Arbeitskräfte brach liegen müssen.

Bei dieser Gesamtlage kann nicht eindeutig genau

bestimmt werden, sich von einer anderen Berufstätigkeit weg dem Kaufmannsberuf zuwenden. Nur

Mädchen mit reicher Berufserfahrung und vielleicht Berufsbildung haben Aussicht, sich im Kaufmannsberufe erfolgreich zu behaupten.

Zugleich ergibt sich aus dieser Sorge die soziale Verpflichtung, den stellenlosen Kaufmannsgehilfen ihre Bewilligungen um eine neue Stellung nicht zu erfordern, wie auch die Bewerber vor unnötigen Enttäuschungen zu bewahren. So ist es sehr zu empfehlen, bei Angelegenheiten die den offenen Posten gestellten Anforderungen genau zu bezeichnen, um nicht Hoffnungen bei solchen Stellungssuchenden zu erwecken, die für den bett. Posten gar nicht in Frage kommen. Ebenso muß es wieder zur Selbstverständlichkeit werden, allen Bewerbern eine Antwort zu ertheilen; bei Vorliegen vieler Bewerbungen durch Zeitungsinserat. Eingeordnete Beweismittel und Bildbilder sind selbstverständlich auf jeden Fall zu übergeben. Sie sollen für den Bewerber, der sich erforschungsmaßig an vielen Orten bemüht, ein wertvolles und oft unersetzliches Kapital dar.

### Bermischtes.

Wieder ein Chauffeur, der sich am sein Opfer nicht kümmert. In der Beutestraße in Berlin wurde am Mittwoch abend in der 10. Stunde der Gastrivier Geist in einer Blutlache betrübtlos aufgefunden. Reben ihm lag sein Fahrrad. Nach Angaben des Polizeiern ist Geist von einem Auto angefahren worden, er wurde vom Fahrrad gerissen und dann von dem Auto zur Seite geschleudert. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus Moabit gebracht, wo er gleich bei seinem Einlieferung starb. Der schuldige Chauffeur hat sich davon gemacht.

Festgenommene Briefkastenräuber. Beamten der Postüberwachungsstelle in Hamburg ist es gelungen, drei Briefkastenräuber festzunehmen. Die Räuber sind in einer großen Anzahl verschiedenster Städte und außerdem in Berlin und Hamburg tätig gewesen. Es dürften ihnen ungefähr 20 000 Briefe in die Hände gefallen sein.

Ein Güterzug in ein Straßenhäuschen gefahren. Ein Güterzug, welcher gestern abend in einer römischen Vorstadt über ein totes Fleisch hinauffuhr, rannte in ein Straßenhäuschen herein, in welchem Bahnarbeiter beim Abendessen waren. Zwei Arbeiter wurden getötet und ein dritter verletzt.

Schlechter Haarschnitt ist fahrlässige Körperverletzung, so hat ein amerikanischer Richter entschieden. In Denver in Colorado liegt sich eine Dame von ihrem Friseur einen Knoblauch schnuppern. Nach beendet Operation geriet sie in einen Sturm und beschädigte den Friseur, daß er die Haare zu kurz geschnitten habe. Die Dame strotzte bei diesem die Flüsse waren.

Malteser Korpsbestrafung an. Zur woge getinderte Bestrafung der Hubertusfahrt verurteilte der Richter, wie die "B. B." berichtet, den Friseur zu einer Geldstrafe von 200 Dollar. In der Urteilsbegründung wurde ausführlich, daß diese 200 Dollars die Höchststrafe nach dem Gesetz seien. Wenn es nach dem Richter gegangen wäre, so hätte er den Friseur ungleich strenger bestraft, denn er habe sich des Vergehens schuldig gemacht, die Frau des schönsten Schmucks zu berauben, den ihr die Natur verliehen habe.

### Über Forderung einer Lohn erhöhung.

X Berlin. Zu der Meldung eines Berliner Spätabendblattes, daß die Gewerkschaften 15 Proz. Lohn erhöhung fordern, bemerkt der "Vorwärts", daß die Nachricht in dieser Form unzutreffend sei. Von einem geschlossenen Vertrag aller Gewerkschaften in der Lohnfrage sei keine Rede, eben einzelne Gewerkschaft bestimme vielmehr selbst darüber, wann und mit welchen Forderungen sie in eine Lohnbewegung eintrete. Auch von einem Lohnkampf auf der ganzen Linie, zumal in Berlin, sei keine Rede.

### Über Frage der Gehaltserhöhung.

Berlin. (Funkspur.) Die Vertreter der Gewerkschaften beschäftigen sich gestern dem "Vorwärts" aufzugeben mit der Frage einer Gehaltserhöhung. Allerdings wurde betont, daß angefangen fortwährenden Leidet eine durchgreifbare Gehaltserhöhung unaufziehbar sei. Es wurde beschlossen, eine Deputation zum Reichsfinanzminister zu entsenden, dem zunächst die Forderung auf Übernahme von Bevölkerungsverhandlungen unterbreitet werden soll. Gleichzeitig wurde beschlossen, diese Aktion nach Möglichkeit in gemeinsamer Front mit der Arbeiterschaft durchzuführen.

### Lebte Sunsprud-Meldungen und Telegramme vom 24. Oktober 1924.

#### 8 kommunistische Abgeordnete in Ost.

Berlin. (Funkspur.) Von den 62 bisherigen sozialistischen Reichstagsabgeordneten befinden sich nach Blättermeldungen 8 in Ost. Es sind immer als Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses. Die Behauptung, daß Massenverhaftungen vorgenommen seien, ist unrichtig. Soldaten sind vom Unterfuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik erlassen worden gegen Ruth Bölicher, Grotewohl, Schlemm, Florin und Iwan Nah. Außerdem können noch einige Haftbefehle aus anderen Gründen.

#### Internierung des Erzbergermörders in Ungarn.

\* Budapest. Der Erzbergermördert Höcker-Schulz befindet sich noch immer in politischem Gewahrsam, obwohl es schon entschieden ist, daß er aus Ungarn ausgewiesen ist und abgeschoben werden wird. Hiermit hat es jedoch seine Schwierigkeiten, da keines der Nachbarländer geneigt ist, den Mörder aufzunehmen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als ihn in Salag Egertost zu internieren.

#### Ein Komplott gegen Kemal Pascha gescheitert.

Konstantinopel. (Funkspur.) Türkischen Blättern folgt ein Komplott von 8 Armeniern zum Zweck der Ermordung des Präsidenten der Republik Kemal Pascha endete worden sein. Die Armenier seien aus Athen gekommen und bereits verhaftet. Von der Polizei wird die Möglichkeit dieser Meldung in Abrede gestellt, die Blätter bleiben jedoch dabei, daß sie wahr sei.

#### Über die französische Zoll- und Handelspolitik.

Paris. (Funkspur.) In der gestrigen Sitzung des Kongresses der französischen Außenhandelsräte in Lyon sprach sich Ministerialdirektor Servais über die französische Zoll- und Handelspolitik aus. Er erklärte unter anderem, während die meisten Länder im Begriff seien, neue Tarife aufzustellen, wolle Frankreich den Verlust machen, auf Grund seines noch unvollkommenen Zolltarifes von 1892 zu verhindern. Vor 1919 habe Frankreich schon die Meistbegünstigung angenommen und um nicht bei seiner Ausfuhr auf idiosynkratische Waren zu hören, habe es einen besondern dehnungsfähigen Tarif erobert. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Kongresses wurde seitens des Außenhandelsrates durch eine Resolution vorgelegt, in der der baldige Abschluß eines Modus vivendi mit Deutschland auf Grund des Gesetzes von 1919 gefordert wird. Die Resolution verlangt, daß dieser Modus vivendi nur von beiderlicher Dauer sei, damit Frankreich und Deutschland in der Zwischenzeit die weiteren Grundlagen für ein langfristiges Abkommen suchen könnte.

#### Die Bildung eines Verbandes aller Stahlindustriellen gescheitert.

Paris. (Funkspur.) Chicago Tribune meldet aus London, man plane die Bildung eines Verbandes aller Stahlindustriellen Deutschlands, Belgien, Frankreichs, Englands und Luxemburgs.

#### Luftverbindung zwischen Paris und Angora.

Paris. (Funkspur.) Havas berichtet aus Konstantinopel, der Präsident der französischen Republik Doumergue und der Präsident der türkischen Regierung Mustapha Kemal Pascha haben sich anlässlich der zwischen der Türkei und der französisch-italienischen Luftverkehrsgesellschaft erzielten Einigung in einem Briefwechsel bekräftigt, die Luftverbindung zwischen Paris und Angora eingerichtet und die beiderseitigen Beziehungen gestärkt zu haben.

#### Eine Erklärung des französischen Kriegsministeriums.

\* Paris. Bei einer Meldung, daß das Offizierkorps der Pariser Garnison eine Versammlung einberufen hat, um an der Frage einer Gehaltserhöhung Stellung zu nehmen, wird mitgeteilt, daß die Nachricht von vornherein mit grotem Misstrauen aufgenommen wurde, denn dies hätte einen schweren Verstoß gegen die militärische Disziplin bedeutet. Das Kriegsministerium veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, daß wohl eine gedruckte Einladung an die Offiziere gerichtet worden sei, daß aber eine derartige Versammlung niemals stattfinden könnten, da kein Offizier einer solchen Einladung gefolgt wäre.

#### Große Unruhen in Brasilien.

\* New York. (Durch Funkspur.) Nach einer Meldung aus Buenos Aires sprechen dort aus verschiedenen brasilianischen Orten eingelaufene Nachrichten von großen Unruhen in ganz Brasilien. Die politische Lage sei wie der ernst.

#### Präsident Coolidge für seine Wiederwahl.

Washington. (Funkspur.) In einer Wahlrede riecherte Coolidge einen leichten Appell an das amerikanische Volk, ihn wiederzuwählen. Die gegenwärtige Regierung habe eine Ära des Wohlstandes gebracht, der mehr als ein durchschnittlicher sei. Coolidge sprach sich für die Verstärkung der Transportmittel aus. Mit Bezug auf die drohenden Angriffen vertrug Coolidge Zusammenarbeit mit den anderen Nationen im Interesse des Friedens, sofern dadurch die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten nicht bedroht werde. Er erklärte sich gegen die Annahme der Kriegsschulden der Vereinigten Staaten und gegen den Mindest der Vereinigten Staaten in den Balkanbund.

**Mein Stadtgeschäft ist am Jahrmarkts-Sonntag, den 26. Oktober, von vormittag 10 Uhr bis nachmittag 6 Uhr geöffnet.**

# Richard Möbius, Hartha.

## Gasthof Boritz.

Zu der nächsten Sonntag stattfindenden **Einweihung** unseres vergrößerten und renovierten Saales, verbunden mit seinem Ball, laden ergebenst ein. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Emil Staudt und Frau.

## Gasthof Seerhausen.

Sonntag, den 26. Oktober

### feiner Kirmesball

Anfang 5 Uhr.

Montag, den 27. Oktober

### großes Extra-Konzert

ausgeführt von der Orpheuskapelle unter Leitung des Obermusikmeisters a. D. Hünimler.

### Anschließend feiner Ball.

Anfang 7 Uhr.

Ergebnist lädt ein Alfred Giekmann.

## Gasthof Mahltheuer.

Sonntag, den 26. Oktober

### Kirmesfeier mit seinem Ball

Anfang 5 Uhr.

Montag, den 27. Oktober

### großes Extra-Konzert

gepielt von 20 Mann der chem. Gardereiterkapelle zu Dresden, Leitung Obermusikmeister Stoc.

Anfang 7 Uhr.

Ergebnist ergebenst ein Hermann Kindler.

## Gasthof Mühlitz.

Sonntagabend, den 25. Oktober

### grosses Konzert

ausgeführt von der gefaßten Großenhainer Stadtkapelle unter persönlichem Leitung des Herrn Kirchenmusikdirektors Gläser.

### Nachdem feiner Ball.

Ergebnist lädt ein Max Mensch.

## Gasthof Gohlis.

Sonntagabend, den 25. Oktober

Auftreten der beliebten

### Sturmfeuer humorist. Sänger

Elite-Herrengesellschaft mit neuem Schlagerprogramm. — Anfang 8 Uhr.

Bu recht zahlreichem Besuch laden freundlichst ein.

F. Kunze und Sturmfeuer-Sänger.

## Gasthof Riegewitz.

Sonntag, 26. Oktober, zur Kirmes, von 4 Uhr an

### feiner Ball.

Ergebnist lädt ein Max Nobisch.

## Reichshof Zeithain.

Sonntag, 26. Oktober, von abends 6 Uhr an

### flotter Tanzabend

organisiert vom Wohltätigkeitsverein Zeithain.

Um gütigen Zuspruch bittet der Gesamtvorstand.

## Gesellschaft „Fidelitas“.

Am Sonnabend, den 26. Oktober 1924, von abends 8 Uhr an, veranstalten wie im Gasthof Mergendorf ein

### Tanzkränzchen.

Musik wird gespielt durch die bekannte Dresdner Kapelle.

Wie laden hieran unsere Mitglieder nebst w. Angehörigen, wie auch sonst geladene Gäste herzlich ein. Freunde und Söhne unseres Vereins sind gleichfalls herzlich willkommen. Der Gesamtvorstand.

### Männergesangverein m. gem. Chor „Sangeslust“ Merzdorf.

Bur Jubiläum anlässlich unseres

### 25 jährigen Bestehens

Sonntag, 26. Oktober 24, abends 6 Uhr im Gasthof Merzdorf Konzert des Orpheus-Orchesters.

Sonntag, den 25. Oktober 24, abends 7 Uhr findet für die Teilnehmer ein Kommers statt.

Dazu lädt freundlich ein der Gesamtvorstand.

Für die vielen liebvollen Beweise aufrichtiger Teilnahme durch reichen Blumenschmuck und Geldspenden, sowie für die fröhlichen Worte am Grabe, die uns beim Hinscheiden unseres lieben unvergänglichen Mannes und Vaters, des Malers

### Max Wartenberg

zuteil geworden sind, ist es uns Herzogenbedürfnis, allen Freunden, Nachbarn u. Verwandten unsern herzl. Dank auszusprechen.

Gröba, 24. 10. 24.

In tiefstem Schmerze  
die trauernde Witwe nebst Angehörigen.

Nachdem es Gott in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen bat, unsern teuren unvergesslichen Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

### Karl Bruno Lindner

so plötzlich und unerwartet aus der Heitlichkeit in die Ewigkeit abzurufen, drängt es uns, allen denen, welche uns durch ihre liebvolle Beweise innige Teilnahme, durch Wort, Schrift und überaus reichen Blumenschmuck, sowie durch ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte zu trösten suchten, nur hierdurch unseren herzinnigsten Dank auszusprechen.

Hedda, 28. Oktober 1924.

Familie W. Lindner  
und Familie E. Lindner.

Um 19. d. M. verschied unser lieber Jugendfreund

### Bruno Lindner

im blühenden Alter von 24 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und lieben Kollegen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Jugendverein „Frohsinn“ Hedda u. Umz.

# Richard Möbius, Hartha.

## Restaurant

### Elbterrassse

Outer preiswerter Mittagsstisch

### Gasthof Radewitz.

Sonntag, den 26. Oktober

### seine Ballmusik

wozu freundlich einlädt

M. Bieseke.

### Gasthof Lichtensee.

Sonntag, den 26. Oktober

abends 7 Uhr

### Theater-Abend

mit Ball

ausgel. v. Unterzeichneten,

Neuerwehr Lichtensee.

### Gasthof Grödel.

Sonntag, den 26. Oktober

von 6 Uhr an

### öffentliche Ballmusik

### Gasthaus Grubnitz.

Sonntag, den 26. Oktober

zum Reichswahltag laden zu

Kaffee u. Kuchen

ganz ergebenst ein

O. Schaf u. Frau.

### Gasthof Moritz.

Sonntag, den 26. Oktober

abends 6 Uhr

herbstvergnügen

b. Spiel- u. Sportabteilung

Boberien, wozu freundlich

einlädt die Sportabteilung.

### Gasthof Bahra.

Sonntag, den 26. Oktober

öffentliche Ballmusik

### Gasthof Leutewitz.

Morgen Sonnabend

Musikerkränzchen.

### Gasthof „Stadt Riesa“ Poppitz.

Sonntag, d. 25. Oktober

Vergnügen der A.L.A.R.

Beste mehreiche

### Speisekartoffeln

morgen eintreffend, empf.

Tel. 285. R. Schnelle.

### Bücklinge.

Heute sind 400 Stück

frisch eingetroffen und

empfiebt billig

### H. Gruhle

Bismarckstr. 35a

## In bekannter Auswahl und Qualität

Fruchtweine	von 0.40 M. an per Liter
Fruchtschaumweine	von 1.10 M. an per Flasche
Fertige Bowlen	von 0.60 M. an per Liter
Weißweine	von 1.— M. an per Flasche
Deutsche Rotweine	von 1.50 M. an per Flasche
Bordeaux	von 3.— M. an per Flasche
Echte Schaumweine	von 2.50 M. an per Flasche
Spirituosen	von 1.90 M. an per Liter

Freie Anfuhr! — Fachmännische Bedienung!

Für niedrige Preise reelle Qualitäten,  
da Zwischenhandel ausgeschaltet!

Verlangen Sie den Besuch unseres Reisenden oder  
kommen Sie zur Probe und Auswahl zu uns  
ans Faß!

Unser Lager umfaßt 200 000 Liter.

**Adolf Berner, Wein- und Schaumweinkellerei, Lichtensee**  
Fernruf Gröditz 22.



So finden z. B. Erwähnungen über die Mindestzeit von Gültigkeitslinien zwischen Nordamerika und Europa, zwischen Südamerika und Spanien, zwischen England und Indien und Australien statt, und noch der glückliche Überstorch des „B. M.“ ist die Möglichkeit abgerückt, daß diese Wände sich verwirklichen lassen. Der große Fernverkehr mit Gütern kann also einer großen Entwicklung entgegenstehen. Bei dieser Sache wird es wohl von Frankreich abgesehen, nirgends in der Welt begriffen werden, daß Deutschland, das so hervorragend auf diesem Gebiet gezeigt hat, auf Grund des unter ganz anderen Verhältnissen stehenden gekommenen Vertrages von Verfallen an der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs gebunden werden soll. Die Güterbahnen in Friedrichshafen kann von der erhöhten Bedeutung für den Güterbau sein, deshalb würde es sinnlos sein, diese Halle zerstören zu müssen, weil einmal unter ganz anderen Verhältnissen dort Güterbahnen für kriegerische Zwecke gebaut worden sind, an die heute gar nicht mehr gedacht wird.

### Amerika und die Zeppelin-Werft.

**New York.** Am Weihen-Haus in Washington wurde amtlich erklärt, daß die amerikanische Regierung sich in die Auseinandersetzungen der europäischen Regierungen über das Schicksal der Zeppelin-Werke in Friedrichshafen nicht einzumischen gedenkt. Die Entscheidung sei weiter eine Angelegenheit, die lediglich die Signatarmäthe des Verfallen Vertrages angehe. Amerika sei daher außerstande, irgend welche offiziellen Schritte in diesem Zusammenhang zu unternehmen.

### Die Duisburger Belastungsbehörde gegen Dr. Jarres.

**Berlin,** 24. Oktober. Wie wir soeben von bestunterrichteter Seite erfahren, ist bei den Berliner amtlichen Stellen der Bescheid eingegangen, daß die belastige Belastungsbehörde in Duisburg es abgelehnt hat, dem Reichsminister Dr. Jarres zu gestatten, auf seinen Posten als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg zurückzukehren. In den Berliner Regierungskreisen ist man hierüber außerordentlich überrascht, da man bisher angenommen hatte, daß der Wiederaufstieg des Herrn Dr. Jarres keine Schwierigkeiten bereitet würden. Um überigen aber steht nach Aussicht der Reichsregierung die Maßnahme der belastigen Belastungsbehörde eine Verlegung der Londoner Vereinbarungen und des Sachverständigengutachtens dar, die anscheinlich die Wiederherstellung der vollen Verwaltungsfreiheit Deutschlands in den bestreiten Gebieten vorsehen. Wie wir hören, wird die Reichsregierung Veranlassung nehmen, bei der belastigen Regierung Eintritt zu erheben und die Wiederzulassung des Ministers Dr. Jarres zur Leitung der Duisburger Stadtverwaltung fordern.

**Reichsminister Dr. Jarres** wird voraussichtlich auf Wunsch der Reichsregierung sein Amt als Innensenator beibehalten, zumal sein Ausscheiden nur für den Fall vor gesehen war, daß er als Oberbürgermeister nach Duisburg zurückkehren könnte.

### Peking besetzt.

**Peking.** (Funkspruch.) General Feng Yu Hsiang, der gestern abend in aller Ruhe und unerwartet Peking besetzt hat, besitzt die vollständige Kontrolle der Hauptstadt. Alle Verbindungen sind abgeschnitten, die Stadtore geschlossen. Feng Yu Hsiang ließ eine Proklamation aussagen, nach welcher er keinen Krieg führen will, der das Land ruinieren und den Verlust der vielen Menschenleben verurteile. Er hat eine Konferenz zwischen der Regierung und der Gegenseite einberufen, um dem Kriege Einhalt zu tun. Seine Truppen liegen als Garnison in Peking um die Ordnung aufrechtzuhalten und die Ausländer zu schützen.

**Paris.** (Funkspruch.) Chicago Tribune meldet aus Tientsin, daß die 11. Division der nationalen Armee unter dem General Feng Yu Hsiang, dem sogenannten christlichen General in Peking, revoltiert und die Stadtore besetzt habe. Die Stadt sei vollkommen isoliert.

**Tokio.** (Funkspruch.) Nach einer Meldung der Agentur Tokio aus Tientsin ist Tsao-kun, Präsident von China, mit unbekanntem Ziel aus Peking geflohen.

### Die Rückgabe der Staatskosten an die Länderregierungen

Ist nunmehr durch die Koblenzer Verhandlungen endgültig vollzogen worden. Die zwischen beiden Abordnungen in Koblenz geschlossenen Verträge und Abmachungen bestimmen, daß die Staatskostenverwaltungen für die Freigabe des von den Alliierten durch Verkauf (insbesondere nach der Zeit des passiven Widerstandes) verhüllten und noch vorhandenen Goldes demnächst vom Reich entzöglicht werden, und daß ferner das Reich sowie die Goldfirmen durch bestimmte Summen aus der Währerlass durch Überlassung der unerledigten Goldgelddschulden bestimmte Entschädigungen finden. Das steckende Gold, sogenannte Ergänzungsbiebe (Coupes supplémentaires) fällt unbelastet in die Hände der Staatskostenverwaltungen zurück. Über das sonst verdrückte noch steckende Gold sind besondere Vereinbarungen getroffen worden, wobei die sozialwirtschaftlichen Belange wie auch die Ansprüche der Räuber berücksichtigt werden. Das liegende Gold aller Arten, das verdächtigt ist, wird zur Abnahme freigegeben werden, soweit sich die Räuber durch ordnungsmäßige Goldabfuhr ausweisen können, die der alliierte Hochstaubau vor dem 21. Oktober oder deutsche Wirtschaften nach diesem Zeitpunkt ausgestellt haben. Damit hat die Konferenz in Koblenz im Rahmen ihres Aufgabenkreises auch diese schwierige Frage einer nach Möglichkeit befreidigen Lösung zugeführt.

### Lohnverhandlungen für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter des Reiches

Sind am Mittwoch im Reichsfinanzministerium statt. Die Organisation begründete die Forderung einer Lohnverhöhung mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die in der Privatindustrie vorhandenen höheren Löhne. Auch die Regierung meinte, wie der "Vorwärts" dichtet, zugeben, daß tatsächlich eine Preiserhöhung eingesetzt ist und die Löhne in der Privatindustrie teilweise höher liegen. Trotzdem sei aber der gegenwärtige Moment nicht geeignet, Lohnverhöhung einzutreten zu lassen, weil sonst die Gefahr einer Inflation verdeckt würde. Die Regierung gab weiter zu erkennen, daß sie bereit sei, in etwa viersechs Tagen, nachdem eine genaue Übersicht über die gegenwärtige Wirtschaftslage und den Stand der Löhne in der Privatindustrie vorhanden sei, in weiteren Verhandlungen mit den Organisationen einzutreten. Die Vertreter der Arbeitnehmer wandten sich mit aller Schärfe gegen die Auflösungen der Regierung, ohne jedoch bei den Regierungsvorstellern einen Erfolg zu haben. Schließlich mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben sich vorbedauert, den von der Regierung angegebenen Termin gegebenenfalls wahrschauen.

### Das Ergebnis der norwegischen Stortingswahlen.

\* **Christiansia.** Der Ausgang der Stortingswahlen läßt sich wie folgt beurteilen: Die Konservativen vereinigt mit den Moderaten haben 64 Mandate erreicht, gegen früher also 3 verloren. Die Bauernpartei hat 28 Mandate bekommen, gegen früher 6 gewonnen. Die gemäßigte Linkspartei erhält 22 Mandate, also 4 verloren. Die Sozialdemokraten haben 9 Mandate bekommen. Die Arbeiterpartei 23 Mandate, die Kommunisten 6 Mandate, die drei letzten Parteien haben zusammen 1 Mandat gewonnen. Die bürgerlichen Parteien sind demnach um 77 Mandate gegen 78, die auf alle anderen Parteien entfallen, in der Mehrheit. Da aber alle Mitglieder der Bauernpartei in allen Punkten mit den Konservativen zusammengehen, kann man nicht sagen, daß die Wahl die politische Lage geändert habe. Das sie eine Regierungsführer werden Abraham Berger (Konservativ) oder der Führer der Bauernpartei Johann Melvius genannt. Der Führer der Kommunisten Scheffo ist mit Glanz gesessen.

### Englische Wahlsorgen.

In England ist die Wahlkampagne auf der ganzen Linie entbrannt. Die Reden der Führer bewegen sich bereits überall in Ueberredungen und propagandistischen Behauptungen, wie sie eben nur während des Krieges und vor der Wahl üblich sind. Ein allgemeines macht sich eine Scheidung der Geister in der Mischung. Die sozialistisch - bürgerlich gelten. Jedoch tritt überall das Bestreben vor, eine Koalitionsregierung möglichst hintan zu halten. Man willst Klärheit und Volksantwortlichkeit der zur Herrschaft bestimmten Gruppe. So sind verschiedentlich seitens der Liberalen Kandidaturen unterlassen worden, um eine klare Entscheidung zu ermöglichen. Als ein wenig erstaunlicher aber leider im Bilde der Zeit liegender Fortschritt wird die Verwirrung des Wahlkampfes empfunden. Die Sprache der politischen Gegner nimmt mehr und mehr eine Farbung an, wie sie früher in England nicht üblich war. Selbst zu Verlammungspurzungen ist es bereits gekommen, und zwar haben sich Gruppen gewerkschaftlicher Radikale und Versammlungspartei gebildet, die diese Aufgabe als ein Geschäft ansehen und sich gegen Bezahlung zur Veräußerung schlagender Belegsätze zur Verfügung stellen. Der Eintritt der zahlreichen sozialistischen Kommunisten in den Wahlkampf wird als eine der Hauptursachen für die sich herausstellenden Mißstände angesehen.

### Die französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen.

**Paris.** (Funkspruch.) Der Sonderberichterstatter der belgischen Telegraphenagentur in Paris meldet, die französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen hätten zum Abschluß eines Modus vivendi geführt. Frankreich erhalte eine Herabsetzung auf den neuen belgischen Zolltarif für etwa 20 Artikel. Außerdem seien die Unterhändler den vom belgischen Parlament bei der Diskussion des Handelsabkommen vertretenen Forderungen gefolgt. Belgien seinerseits erhalte Bekleidung des Viszeralregimes, das Frankreich für seine Ein- und Ausfuhr getroffen habe, sowie Tarifänderungen für etwa 6 Artikel belgischer Herkunft. Das Abkommen werde am 10. November in Kraft treten. Die Unterzeichnung werde heute nachmittag im französischen Handelsministerium erfolgen.

### Wegen Hochverrats und Waffendiebstahls verurteilt.

**Leipzig.** Vor dem vierten Strafgericht des Reichsgerichts hatten sich gestern wegen Hochverrats und schwerer Waffendiebstahls die Arbeiter Paul Görlé, Karl Lenkeit, Franz Dobelt, Friedrich Schluff und der Büchsenmacher Ludwig Geiß aus Tilsit zu verantworten. Bei dem Angeklagten Görlé wurden anlässlich einer Haftsucht am 18. Februar dieses Jahres im Keller eingemauert eine große Anzahl Hand- und Schußwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände gefunden. Zum Teil stammten die Waffen aus einem Einbruch, den Görlé und Lenkeit in der Nacht zum 7. November mit Nachschlüssel in ein Gebäude des Infanterie-Regiments 1 in Tilsit verübt haben. Weitere Waffen wurden durch Einbrüche in der Waffenmeisterei und auf dem Schießstand der Reichswehr erbeutet. Die Angeklagten Geiß und Schluff sollen die Waffen an Görlé geschafft haben. Görlé ist seit 1923 Mitglied der K. P. D. und trat beim Verbot der Partei zu einem Wanderverein über, der militärische Übungen veranstaltete und östere Schießübungen abbahlt. Schluff war Vorsitzender des kommunistischen Erwerbskolonates und stand ständig mit der Parteileitung der K. P. D. in Königsberg in Verbindung, an die auch 25 Gewehre abgegeben worden sein sollen. Schluff leugnet jetzt seine Beteiligung zur K. P. D. und gibt an, einer rechtsextremen Organisation anzugehören. Die anderen Angeklagten gehören der K. P. D. nicht an. Die Angeklagten betreten den Waffendiebstahl und geben an, die Waffen von Unbekannten gekauft zu haben. Angeklagter Geiß will sich bei ihm gefundenen Waffen von Landwirten zur Reparatur erhalten haben. Er selbst sei Landwirt und habe sich nie mit umstrittener Flämischen Blätter befaßt. Der Vertreter der Anklage beantragte für Görlé vier Jahre Buchthaus und 400 Mark Geldstrafe, für Lenkeit drei Jahre Buchthaus und 300 Mark Geldstrafe, für Dobelt ein Jahr Buchthaus und 100 Mark Geldstrafe, für Schluff zwei Jahre Buchthaus und 200 Mark Geldstrafe, für Geiß wegen unbefugten Waffenbesitzes ein Jahr Gefängnis.

### Über Schulverhältnisse beiderseits der deutschen und dänischen Grenze.

**Kopenhagen.** Die informatorischen Gespräche gen über die Schulverhältnisse beiderseits der deutschen und dänischen Grenze, die am 14. Oktober begonnen haben, sind am 22. Oktober abgeschlossen worden. Sie wurden im Geiste gegenseitiger Verständnis geführt und haben zur Klärung der Sache auf beiden Seiten wesentlich beigebracht. Insbesondere haben sie auch dazu geführt, daß die beiderseits am Arbeits beteiligten Beamten die Möglichkeit zur persönlichen Ausprägung fanden. Die Delegationen nahmen gegenseitig je ein Referat entgegen, das die für die Volksschule und die höhere Schule beiderseits der Grenze bestehenden rechts- und verwaltungsmäßigen Bestimmungen betraf. Zunächst wurden von dänischer Seite Notizen über die Dänemark geltenden Bestimmungen getrennt für das Volksschulwesen und für das höhere Schulwesen unter besonderer Berücksichtigung der für das Minderheitenschulwesen geltenden Bestimmungen vorgetragen. Darauf wurden die entsprechenden Notizen von deutscher Seite erläutert. Hier nach wurden beiderseits die gehörten Notizen eingehend erörtert. Diese Erörterungen betrafen eine große Reihe verschiedener für das Schulwesen nördlich und südlich der Grenze wesentlicher Themen, insbesondere die Frage der Abgrenzung der Minderheit, die Voraussetzungen für Errichtung öffentlicher und privater Minderheitsschulen, der Einrichtung von Minderheitsschulen, der Ausbildung des Minder-

hauses und an der Vermehrung dieser Schulen, der Gestaltung des höheren und mittleren Schulwesens einschließlich des Berufsbildungswesens, der Lehrerausbildung und Lehreranziehung. Die Verhandlungen wurden in einem freundschaftlichen Geiste geführt und waren von dem Wunsche getragen, auf diesem für die beiden Nachbarvölker so wichtigen Gebiete zu befriedigenden Verhältnissen zu gelangen. Die bei der Einleitung der Unterhaltung ausgebrüchte Hoffnung, daß sie zu einer Entspannung auf dem Gebiete des Schulwesens in den Grenzgegenden beitragen möchte, ist durch den stattgefundenen Meinungs austausch gestärkt worden und stand in der verständnisvollen Aussprache ihre Bestätigung. Die Fortsetzung in Berlin wurde in Aussicht genommen. Die Delegationen werden ihren Regierungen in diesem Sinne berichten.

Gegen die Wohnungswangswirtschaft. In einer Entschließung des Bezirksverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine im Regierungsbezirk Erfurt heißt es: Die Bearbeitung der Aufwertungsfrage, der gegenwärtig wichtigsten Frage des deutschen Wirtschaftslebens, im Aufwertungsausschuß des Reichstages erfüllt den gesamten deutschen Hausbesitz mit ernster Besorgnis, da diese Frage eng mit der Frage der Wohnungswangswirtschaft überhaupt verbunden ist. Der Bezirksverband der Haus- und Grundbesitzervereine im Regierungsbezirk Erfurt mit seinen rund 10.000 Mitgliedern steht am 19. 10. 24 in Mühlhausen in Thüringen dazu fest: Eine Auflösung der Opolosse ist nur dann möglich, wenn die Häuser selbst aufgewertet werden durch die gesetzliche Gewährleistung eines Extrages, der außer der Verzinsung, der öffentlichen Belastung und dem Preis der Auslagen auch eine Rente für den Hausbesitz enthält. Das Reichsmietengesetz mit seiner schematischen Drosselung des Extrages muss daher aufgehoben werden. Eine notwendige Vorsehung der Aufhebung des Reichsmietengesetzes aber ist die Möglichkeit der Preissteigerung durch die Befreiung des Mieterschutzes, das den notwendigen Ausgleich zwischen Einkommen und Wohnraum und damit die Befreiung der Ursachen der heutigen Wohnungsnott verhindert. Die statistischen Feststellungen haben ergeben, daß gar keine wesentliche Wohnungsnott besteht, wenn nicht der Ausgleich in der Verteilung der vorhandenen Wohnungen durch die Wohnungswirtschaft zur Umverteilung gemacht würde. Die schnelle Durchführung der Aufhebung der Wohnungswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens in vollem Umfang ist daher die Grundlage der wichtigsten Doseinfragen des deutschen Volkes, nämlich die Lösung des Wohnungsvorproblems, der Aufwertungsfrage und der Erhaltung der Häuser als eines großen Teiles des deutschen Volksermögens.

### Politische Tagessübersicht.

Der Prozeß gegen Hermann verlief. Der erste Prozeß gegen den früheren thüringischen sozialdemokratischen Minister Hermann, der als Berufungsinstanz vor dem Landgericht Weimar am heutigen Freitag stattfinden sollte, ist verlängert worden. Vermutlich wird er erst im Dezember stattfinden, weil die Beweisaufnahme wiederholt werden muss und weitere Vorbereitungen zu treffen sind. Hermann war vom Schöffengericht Weimar in der ersten Instanz wegen falscher Beurkundung zu 1000 Mark Geldstrafe auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt worden. Der zweite Prozeß wegen angeblicher heimlicher Waffenläufe Hermanns, der am 6. November in Weimar beginnt, wird durch die Verlängerung des ersten Prozesses nicht berührt.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag den am 12. Juli ds. J. abgeschlossenen Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen, wonach beiden Teilen insbesondere einige Sozialreformen gewährt werden. Außerdem erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit einem Gesetzentwurf, der die Zusammensetzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts entsprechend dem Wunsche einiger außereuropäischer Länder anders als bisher regelt.

Als Beispiel für die systematische Heze, die von gewissen ausländischen Zeitungen gegen Deutschland betrieben wird, ist eine auch von Pariser Zeitungen weiterverbreitete Niedigung der Warschauer Militärtätschrift "Wojska Czerwone", die behauptet, daß am 6. September ein deutsches und russisches Heer in der Nähe der polnischen Küste gemeinsame Übungen abgehalten, und daß polnische Funktionäre den deutschnationalen Verbündeten gehörten. Wir sind in der Lage, demgegenüber festzustellen, daß weder gemeinsame Manöver der deutschen und russischen Flotte jemals stattgefunden haben, noch auch daß deutsche Seekreuzer in den letzten Monaten russische Kriegsschiffe gesichtet haben. Auch ein Kämpfer zwischen deutschen und russischen Kriegsschiffen hat niemals stattgefunden. Im übrigen mag darauf hingewiesen werden, daß am 6. September sämtliche deutschen Kriegsschiffe mit Ausnahme eines Minenschiffes, das sich auf hoher See befand, in den Häfen lagen.

**Bauvorbereitung des bayerischen Bauernbundes.** Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fetz hat sich nach Berlin begeben, um sich im Verein mit der Fraktion des bayerischen Bauernbundes und deren Vorstand über die Stellungnahme zu den kommenden Reichstagswahlen und zur politischen Lage zu beraten.

**Pariser Gilbert von Harriot empfangen.** Ministerpräsident Herrlot hat gestern den Generalagenten für die Reparationszahlungen Pariser Gilbert in Anwesenheit des französischen Finanzministers empfangen. Herrlot hat später auch noch mit dem französischen Delegierten bei der Reparationskommission Barthou verhandelt.

**Endgültige Riedbergverfassung des Aufstands in Afghanistan.** Den Regierungstruppen ist es gelungen, den Aufstand in Afghanistan endgültig nieder zu werfen. Noch in letzter Zeit haben schwere Kämpfe mit den Aufständischen stattgefunden.

**Höchst bei Herrlot empfangen.** Ministerpräsident Höchst empfing gestern den deutschen Botschafter von Höchst zu einer längeren Besprechung über die Durchführung des Dawes-Planes.

**Protestversammlung wegen Hitler.** Eine von den Nationalsozialisten in Wien für Mittwoch abend einberufene Protestversammlung wegen Überfremdung der staatsbürglichen Rechte Hitlers nahm eine Entwickelung an, in der die Entlastung über das Vorgehen der österreichischen Regierung aufgebaut und von der Regierung gefordert wird, daß sie eisernen Hitler das Staatsbürgerecht wieder zurückgibt. Darauf formierte sich die Versammlungsteilnehmer zu einem Zug. Der Aufruhr erforderte die Polizei, ihre Hakenkreuzuniform einzulegen, ließten sie Widerstand; sie gingen mit Stöcken auf die Polizisten los und entzündeten ihnen mit Gewalt die verbasteten Personen. Es gelang der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen und die Ruhe wieder herzustellen.

**100.600.000 Tafletten**  
in einer Woche.  
Organic white  
bei Galten, Geisenfeld, Rainach



